

Resolution zum SSW-Landesparteitag

19. September 2009, Husum

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
info@ssw.de

Aktive Sprachenpolitik für Schleswig-Holstein

1. Der SSW fordert die aktive Unterstützung des Landes bei der Förderung der dänischen und friesischen Sprachen in Schleswig-Holstein. Dies ist nicht nur die Konsequenz aus der Bilanz der ersten zehn Jahre mit der Europäischen Sprachcharta, die auf erhebliche Defizite in der sprachlichen Gleichstellung verweist. Es ist auch ein natürlicher Schritt in einer Zeit, in der die fortschreitende Globalisierung mit einer Besinnung auf die regionalen und kulturellen Wurzeln einhergeht. Schleswig-Holstein muss sich aktiv zur Mehrsprachigkeit bekennen, die nicht nur kulturell sondern auch wirtschaftlich eine Bereicherung ist, und diese gezielt fördern.
2. Der SSW fordert die Landesregierung auf, eine eigenständige Sprachenpolitik für Schleswig-Holstein zu entwickeln und umzusetzen, in der die Gleichwertigkeit der Regional- und Minderheitensprachen zum Ausdruck kommt. Auf der Basis klar formulierter Grundsätze muss ein Handlungsplan erarbeitet werden, der für einen definierten Zeitraum konkrete Zielsetzungen, Fördermaßnahmen und einen Zeithorizont der Umsetzung benennt. Als Vorbild können unter anderem die fortgeschrittenen Planungen der niederländischen Provinz Fryslân dienen.
3. Neben dem Vorleben einer aktiven Sprachenpolitik muss das Land die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen die ideelle und finanzielle Förderung der Minderheiten als Eigenaufgabe begreifen. Der SSW fordert die Landesregierung auf, eine solche Minderheitenpolitik in der Gemeinde- und Kreisordnung zu verankern. Analog zur Sächsischen Gemeindeordnung und zur Sächsischen Landkreisordnung

sollen die Kreise und Gemeinden im Landesteil Schleswig die Förderung der Minderheiten durch Satzung regeln. Zu dieser Satzung muss auch die Verpflichtung zur regelmäßigen Erstellung eines Minderheitenberichts gehören.

Begründung:

Zielen vor allem die dänischsprachigen Angebote und Leistungen des Landes und der Kommunen bislang weit überwiegend darauf ab, wirtschafts-, tourismus- und arbeitsmarktpolitische Ziele zu erreichen, so muss die Mehrsprachigkeit des Landes im Sinne der Sprachencharta um den minderheitenpolitischen Aspekt erweitert werden.

Voraussetzung für eine konsequente Sprachenpolitik in Schleswig-Holstein ist, dass das Land und die Kommunen es als ihre Aufgabe begreifen, die Mehrsprachigkeit zu fördern. Den Verpflichtungen der Sprachencharta wird Deutschland nur dann gerecht, wenn die Mehrheitsbevölkerung die Sprachenvielfalt aktiv will und politisch unterstützt. In diesem Zusammenhang kommt dem Land eine besondere Vorbildfunktion zu. Nur wenn es selbst den Willen zur und die Freude an der Mehrsprachigkeit vorlebt, wird sich diese Motivation auch vor Ort durchsetzen können.

Flemming Meyer

- Landesvorsitzender -